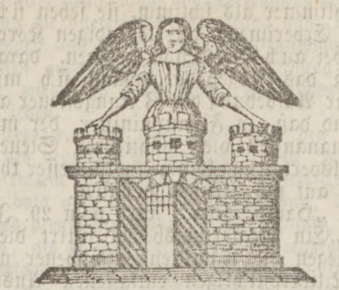
Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 103. **Mittwoch, den 3. Juli.** 1867

Preußische Sieges=Chronik 1866.

(Fortsetzung.)

3. Juli: Schlacht bei **Königgrätz**.
„ „ Hauptquartier des Königs nach Horzitz verlegt.
4. Juli: Gefecht bei Dermbach: zwischen Eisenach und Fulda zwischen Preußen und Baiern.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kaiser Maximilian von Mexiko

ist kriegsgerichtlich am 19. Juni erschossen und hat ihn somit das traurige, befürchtete, aber nicht ganz unverschuldete Geschick, nemlich der Tod durch eine Kugel seiner siegreichen republikanischen Gegner erreicht. Wir lassen nachträglich die betreffenden telegraphischen Notizen folgen.

Brüssel, den 30. Juni. Die „Independance belge" meldet in einem Telegramm aus Wien, daß der österreichische Gesandte in Washington dem Capitän des österreichischen Kriegsschiffes „Elisabeth" in einer offiziellen Depesche die Anzeige gemacht habe, daß der Kaiser Maximilian am 19. Juni in Vera=Cruz erschossen worden sei.

München, den 1. Juli. Der Kaiser von Oesterreich ist auf die Nachricht von dem Tode des Kaisers Maximilian sofort mittelst Extrazuges gestern Abend 5 Uhr nach Wien zurückgekehrt.

Wien, den 30. Juni. Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge, deren Authenticität leider nicht anzuzweifeln ist, wurde Kaiser Maximilian am 19. Juni erschossen.

Zur Situation.

— Das Pariser Blatt „Etendard" sagt, das dänische Gouvernement sei entschlossen, nicht eher über die Garantien für die deutschen Bewohner Nordschleswigs mit Preußen zu unterhandeln, als bis die Grenzberichtigung erfolgt sein werde.

— Die amtliche „Berlingske Tidende" bricht ihr bisheriges Stillschweigen. Sie erklärt den Luxemburger Garantievertrag weder für England, noch für irgend eine der übrigen Großmächte für bindend. Es würde sich demnach, wenn sonst Nichts, als eben der Luxemburger Garantievertrag hindere, Niemand geniren! Das Auftreten der französischen Tagespresse lasse keinen Zweifel darüber obwalten, daß die französisch=preußische Spannung, durch die Luxemburger Frage verschlimmert, nunmehr unheilbar geworden sei! Eben so bezeichnend für den Ernst der Situation sei der Umstand, daß die Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen gespannter und feindseliger geworden, weil die preußische Alleinherrschaft Oesterreich unerträglich sei!

— Der „Danz. Ztg." wird aus Berlin folgendes mitgetheilt: Das Opfer, welches die preußische Regierung der Erhaltung des Friedens brachte, erweist sich als nutzlos: die Räumung Luxemburgs hat die Interventionslust Frankreichs keineswegs beseitigt. Die gesammte offiziöse Presse nimmt einen Ton an, wie er nicht anmaßender und herausfordernder gedacht werden kann. Jene Journale sprechen von der Berechtigung Frankreichs über Ausführung des Prager Friedens zu wachen, sie nehmen dem Zollparlamente gegenüber feindliche Stellung und behaupten, Preußen habe zum Abschluß freier Verträge kein Recht! Sie bestreiten ferner die Berechtigung Preußens, in die Bundesfestungen Süddeutschlands Besatzungen zu legen, selbst mit Genehmigung der betreffenden süddeutschen Staaten; ja sie gehen so weit, die Räumung von Mainz zu verlangen. — Was soll dieser Ton? — Will Frankreich Kampf mit Deutschland? — Was würden dieselben französischen Journale, die heute von den natürlichen Grenzen sprechen, sagen, wenn wir Compensation für die Annexion von Nizza und Savoyen verlangten; wenn wir seiner Zeit die Räumung Roms verlangt hätten; wenn wir uns der unterdrückten Bewohner Algiers annehmen wollten; wenn wir von der Französirung des Elsasses und Lothringens sprächen? Die preußische Regierung wird, wie ich aus glaubhafter Quelle erfahre, die nächste unberufene Einmischung Frankreichs zurückweisen, ja man glaubt, daß Preußen sehr bald in diese Lage kommen dürfte, jenem unberechtigten Gelüste entgegen zu treten. — Wie ich höre, wird bei den jetzt hier tagendenden Zoll=Conferenzen der Eintritt Schleswig=Holsteins in den Zollverein nicht diskutirt werden, weil noch nicht die zum Eintritt jener Provinz erforderlichen Vorbereitungen getroffen sind."

Die nordschleswigsche Frage ist nach einer längeren Pause wieder in die vorderste Reihe gekommen. Wir freuen uns, daß die preußische Regierung nicht wie bei Luxemburg sich die Sache von Außen hat aufdrängen lassen, sondern, daß sie selbst, wenigstens formell, die Initiative er griffen hat. In der Note, welche die preuß. Regierung jetzt an das dänische Cabinet gerichtet hat, hat sie die Grundlage bestimmt angegeben, auf welcher sie den Nordschleswig betr. Artikel des Wiener Friedens zur Ausführung zu bringen bereit ist. Wir sind fern davon, uns in die Auslegungen, welche die Diplomatie für die Verträge findet, einmischen zu wollen, und noch ferner liegt es uns, uns als Vertheidiger der preußischen Regierungsmaßregeln in Schleswig aufzuwerfen. Materiell ist die preußische Regierung aber sicherlich im Rechte, wenn sie an Dänemark die Forderung stellt, daß es für die Deutschen, die nach der Feststellung der Trennungslinie unter die dänische Herrschaft kommen, mindestens dieselben Garantien gewähren müsse, welche Preußen sich im Wiener Frieden bereit erklärt habe, den in dem preußischem Theile wohnenden Dänen zukommen zu lassen. Ebenso ist sie unzweifelhaft in ihrem Recht, wenn sie nicht jeden kleinen District für sich entscheiden lassen will, ob er in der bisherigen Verbindung mit seinem Nachbar bleiben oder sich von ihm trennen will. Bei der Trennungslinie, welche Dänemark im Auge hat, würde nicht bloß Düppel und Alsen mit allen seinen von Preußen dort angelegten Befestigungen, sondern, was wichtiger ist, es würden auch große deutsche Bevölkerungscomplexe an Dänemark übergehen. Um diese Linie durchzusetzen, will nun die dänische Regierung diese Districte, getrennt von ihren südlicher wohnenden Landsleuten, aber vereinigt mit den nördlicher wohnenden Dänen, abstimmen lassen. Wir hoffen, daß die preußische Regierung in der schlegwigschen Sache glücklicher sein wird, als in der Luxemburger. In Schleswig ist auch die deutsche Bevölkerung ebenso deutsch=patriotisch, als die Luxemburger gleichgiltich sichgezeigt hat.

— Die Pariser Blätter (v. 29. Juni) führen fortwährend eine sehr heftige Srrache gegen Preußen; in der Geschäftswelt beginnt in Folge dessen das neuerwachte Vertrauen bereits an zu leiden. Man glaubt, daß im Falle einer Auflösung des gesetzgebenden Körpers die Opposition mit einem chauvinistischen Programm auf die Stimmung der Bevölkerung zu wirken versuchen werde. Die Regierung hat angeblich den inspirirten Blättern die Weisung zugehen lassen, sich in ihren Ausfällen gegen Preußen etwas zu mäßigen. Girardin macht übrigens in der „Liberté" die Regierung für die Haltung der sich durch kriegerisches Feuer besonders hervorthuenden „Situation" verantwortlich; sie habe die Herausgabe dieses Blattes zu derselben Zeit gestattet, wo sie die Ermächtigung zur Gründung der „Diskussion" und anderer Blätter versagt habe. Heftige Ausfälle gegen die Anmaßungen und Uebergriffe Preußens hatte besonders die Angabe des Herrn Holländer hervorgerufen, Graf Goltz habe die Unterdrückung der „Situation" verlangt. Der „Etendard" ist jetzt ermächtigt zu erklären, daß diese Angabe völlig unbegründet ist. — Im „Temps" eröffnet Herr Nefftzer seine Reisebriefe aus Deutschland. Die ersten flüchtigen Eindrücke, die er in Oesterreich empfing, resumirt er wie folgt: „Was gegenwärtig höchst interessant zu studiren ist, das ist die politische und moralische Lage Oesterreichs nach der vollkommenen Aussöhnung der Habsburger mit Ungarn und nach den dieses Namens wirklich würdigen Amnestien, welche der Kaiser Franz Joseph soeben erlassen. Diese Lage entspricht gerade nicht den Vorstellungen, welche man sich von ihr machen sollte. Sie stellen sich vielleicht vor, daß die liberale Politik, welche Herr v. Beust nicht ohne Kühnheit eröffnete, hier (in Wien) einen mächtigen Eindruck auf die öffentliche Meinung hervorgebracht hat. Das ist ein Irrthum. Soweit ich darüber urtheilen kann, ist das Interesse an den politischen Dingen hier, außer in den leitenden Kreisen, nicht sehr lebhaft. Im Publikum scheinen wenig Leute davon eine Ahnung zu haben, daß das alte Oesterreich in diesem Augenblick an ein Experiment tritt, daß es seine letzte Karte ausspielt, oder wenn man davon eine Ahnung hat, so kümmert man sich nicht darum. Sobald die Konversation politisch wird, geht sie ziemlich leicht in Skepticismus und Ironie über. — Die „Epoque" will gehört haben, daß es neuerdings Freischärlern gelungen sei, sich gruppenweise in das päpstliche Gebiet einzuschleichen. Auch die „Presse" meldet, daß der päpstliche Nuntius Msgr. Chigi gestern eine Unterredung mit Marquis Moustier gehabt hätte, „in Folge von ihm des Morgens zugegangenen Depeschen, welche von einem neuen Anschlage der Garibaldianer auf Rom sprächen." Der Minister hätte hierauf lange mit dem Kaiser gearbeitet und mehre Depeschen wären im Laufe des Tages nach Rom und Florenz abgegangen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. In mehreren Blättern findet man die Voraussetzung verbreitet, es werde das große militärische Avancement, welches sonst immer am Geburtstage des Königs stattfindet, schon am 3. Juli, als am Tage von Königgrätz, erfolgen. Da ein solches aber bereits am Düppeltage in umfangreichem Maße stattgefunden und dasselbe vor kurzem noch einen nicht unbedeutenden Nachtrag erhalten hat, so dürfte dieser Erwartung schwerlich durch die Thatsache entsprochen werden. — In den betreffenden Regierungskreisen beschäftigt man sich mit der Vorbereitung wesentlicher Landmeliorationen in Hannover. Namentlich handelt es sich um Trockenlegung großer Moorflächen, deren Nothwendigkeit schon immer von der früheren Regierung anerkannt worden, ohne daß an die Ausführung gegangen wäre. — Während in Kurhessen vorläufig das Justizwesen bis auf die Einführung der preußischen Strafbestimmungen unverändert bleiben soll, steht für Schleswig=Holstein eine ganz neue Justizorganisation als unumgänglich nothwendig bevor. — In der Angelegenheit der Spielbanken ist jetzt von der Staatsregierung der Beschluß gefaßt worden, Verhandlungen mit den betreffenden Spielgesellschaften über die Bedingungen eines Fortbestehens auf wenige Jahre einzuleiten. — Man begegnet in verschiedenen Blättern der Notiz, daß bereits definitiv beschlossen sei, die Zeitungsstempelsteuer aufzuheben und an deren Stelle eine Inseratensteuer einzuführen. Diese Mittheilung ist jedenfalls voreilig, da die Regierung allerdings diese Frage schon seitt einiger Zeit in Erwägung gezogen, einen Beschluß aber noch nicht gefaßt hat.

— Der im Jahre 1808 gebildete Tugendbund ist meist über=, mitunter auch unterschätzt worden, weil man Zwecke und Strebungen des Bundes nicht kannte. Französische Schriftsteller haben ihn früher als ein Verschwörungsnetz dargestellt, was er seiner Natur nach nicht füglich sein konnte. Jetzt endlich ist aus den hinterlassenen Papieren eines Mitstifters zum ersten Male die Verfassung des Tugendbundes nebst den Statuten gedruckt erschienen, eben so die Geschichte seiner Gründung, die Verhandlungen mit den Behörden und der Mitglieder unter einander. Dieses Werk sollte bereits, so wie es jetzt ist, 1816 erscheinen, wurde aber unterdrückt, weil eine Cabinetsordre vom 6. Juni 1816 (also noch nicht ein Jahr nach der Entscheidungsschlacht von Belle=Alliance) die Veröffentlichung aller Mittheilungen über den Tugendbund und die dahin einschlagenden Bestrebungen einfach verboten hatte! So wurde die Wahrheit mundtodt gemacht und der Lüge und Entstellung Thür und Thor geöffnet.

— Die Nachricht von der beabsichtigten Erhöhung des Tabakszolls im Zollverein — schreibt die „Wes. Ztg." hat eine electrische Wirkung auf das Geschäft geübt. Die Fabrikanten im Inlande machten so rasch

wie möglich Einkäufe an den Seeplätzen, so daß die Eisenbahnen kaum im Stande waren, das enorme Quantum zu bewältigen, welches vor dem 1. Juli über die Grenze trasportirt werden sollte. Seltsamer Weise war nämlich das Gerücht entstanden und hatte Glauben gefunden, die Erhöhung des Tabakszolls werde mit dem 1. Juli in Kraft treten. Wollte man also noch von dem alten Zollsatze Nutzen ziehen, so erschien allerdings die höchste Eile nothwendig, und ein glänzendes Geschäft stand in Aussicht; denn der Zoll soll von 4 Thlr. auf 10 Thlr. per 100 Pfund erhöht werden, also um nicht weniger als 1,8 Sgr. per Pfund. Die fieberhafte Kauflust der binnenländischen Kunden wirkte sehr bald auf die Speculanten und Lagerinhaber in den Seeplätzen zurück. Nicht allein die Eisenbahnen und die Flußstraßen, sondern auch die sonst so verödeten Chausseen bedeckten sich mit unabsehbaren Tabakstransporten. Die Preise für Wagen und Pferde erreichten eine Höhe wie in Kriegszeiten, wenn alle Welt vor dem Feinde flüchtet. Und diese ganze Aufregung, Hast und Geldausgabe ist, bei Lichte betrachtet, völlig unmotivirt, eine kopflose Uebereilung. Allerdings liegt es in der Absicht der preußischen Regierung, den Tabakszoll auf 10 Thlr. und gleichzeitig in entsprechendem Maße die Abgabe von den deutschen Tabakspflanzungen zu erhöhen. Allein von der Absichts bis zur Ausführung ist noch ein weiter Weg. Von heute ab kann, da die Bundesverfassung bereits in Kraft getreten ist, weder die Eingangsabgabe, noch die Productionssteuer von Tabak erhöht werden, außer durch übereinstimmenden Beschluß des Bundesraths und des Reichstags. Der Bundesrath ist aber noch nicht einberufen, der Reichstag ist noch nicht einmal gewählt. Aber noch mehr, Preußen hat so eben einen Vertrag wegen Reorganisation des Zollvereins mit den süddeutschen Staaten abgeschlossen, nach welchem die Tariferhöhungen von einem erweiterterten Bundesrath und einem deutschen Zollparlament zu beschließen sind. Darin liegt eine Abänderung der Norddeutschen Bundesverfassung. Zunächst müsse der Norddeutsche Bundesrath und der Norddeutsche Reichstag zu dieser Uebertragung ihrer Rechte auf zwei andere Corporationen ihre Einwilligung geben. Ebenso müssen die Ständeversammlungen Bayerns, Würtembergs, Badens und Hessens den neuen Zollvereinsvertrag genehmigen. Ist dies geschen, so muß das Zollparlament beschließen. Die Versammlung der Regierungsbevollmächtigten desgleichen. Erst dann kann von der Einführung eines höheren Tabakszolls die Rede sein. Nun könnte man allerdings einwenden, die Zollvereinsregierungen würden vielleicht unter nachträglicher Genehmigung der verfassungsmäßigen Organe schon jetzt den erhöhten Zollsatz octroyiren. Allein dies ist ganz undenkbar. Das hieße die Bundesverfassung mit einer flagranten Verletzung eben dieser Verfassung inauguriren. Die süddeutschen Regierungen würden dadurch auch ihre Landesverfassungen verletzen. Für die Ausgaben, zu deren Deckung vornehmlich der Tabakszoll dienen soll, sind die Deckungsmittel anderweitig gesichert: Preußen namentlich bedarf für sich selber des höheren Tabakszolls gar nicht, sondern wünscht denselben nur, um den kleineren Bundesstaaten zu Hilfe zu kommen. Der Fall ist diesmal ganz verschieden von den Zoll- und Handelsverträgen, welche früher allerdings oft in Kraft traten, ehe die verschiedenen Kammern ihr Ja dazu gesagt hatten. Jetzt soll ja eben der Vertragsweg ganz aufhören und dem Gesetzgebungswege Platz machen. Es ist bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß die Einführung der Bundesverfassung darin einen sehr erheblichen Fortschritt gegen früher gebracht hat, daß die Gesetzgebung über Zölle und Verbrauchssteuern nicht mehr Gegenstand internationaler Verträge sind, die die Kammern immer nur im Ganzen annehmen oder ablehnen konnten, sondern daß das Reichsparlament jetzt sein Votum bei allen einzelnen Bestimmungen der betr. Gesetze geltend machen kann.

— Das Staatsmisterium hat, wie der „Köln. Ztg." von hier offiziös mitgetheilt wird, in Folge seiner Erwägungen über die Angemessenheit einer Aenderung in der Zeitungssteuer den Beschluß gefaßt, eine solche Maßregel zur Vorlage an den Landtag vorzubereiten. Man hat sich schließlich dahin geeinigt, die Umwandlung des Zeitungsstempels in eine Inseratensteuer zu proponiren. Es wird also ein Gesetzentwurf zu diesem Zwecke ausgearbeitet werden. Der definitive Beschluß des Staatsministeriums über die Vorlage wird natürlich erst erfolgen können, wenn diese Ausarbeitung erfolgt ist. Vom 1. Oktober an soll in den neuen Landestheilen, dem Vernehmen nach bis zur neuen legislativen Regelung der Zeitungssteuerfrage für den ganzen Staat, der Zeitungsstempel, wie er in den alten Provinzen besteht, zur Erhebung kommen, und würde also, wie es bis zum 1. Oktober die Gesetzgebung für die neuen Landestheile vorschreibt, vorher durch königliche Verordnung die desfallsige Bestimmung ergehen.

Hiernach würde also das Ministediom dennoch das Odium auf sich nehmen wollen, unsere Zeitungssteuer in die neuen Provinzen einzuführen und dadurch die gesammte dortige Presse mit einem sehr empfindlichen, ihr bisher unbekannten Nachtheile heimzusuchen, und zwar unter der gleichzeitigen Ankündigung, daß man baldmöglichst an die Stelle der Quadratzollsteuer eine andere Steuer setzen werde! Die Presse der neuen Provinzen würde also doppelt gestraft, einmal durch eine hohe Steuer und zweitens dadurch, daß sie sich erst erst einige Monate auf die eine und dann wieder auf eine andere Steuer einrichten, Preis, Format und Einrichtung also zweimal anderen Steuerbedingungen anpassen müßte. Eine hohe Steuer ist schimm, aber in so kurzer Frist aufeinander folgende durchgreifende Umwandlungen des Spezialobjekts der Besteuerung sind noch viel schlimmer als schlimm, sie sehen sich an wie anatomische Experimente am lebendigen Körper. Wir wollen hierbei auch Gelegenhit nehmen, daran zu erinnern, daß das Abgeordnetenhaus sich mit großer Mehrheit für Aufhebung der Zeitungssteuer ausgesprochen hat, und daß ein Finanzminister, der mit anderweitigen finananziell viel wichtigeren Steuervorlagen vor die Volsvertretung kommen will, besser thäte, solche Voten nicht auf sich beruhen zu lassen.

— Dem „Hamb. Corr." wird vom 29. Juni telegraphirt: „Ein Regierungsbefehl sistirt die Ausführung der gegen die Familien entwichener nordschleswigscher Militärpflichtigen entlassenen Ausweisungsmaßregel."

— Ein der demokratischen Partei angehöriger Berliner Correspondent der „N. fr. Pr." schreibt: „Die Wahlcomités aller Parteien sind angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Norddeutschen Reichstage in Thätigkeit, vermögen aber noch nicht die Bevölkerung aus der Lethargie zu erwecken. Viel trägt dazu die Jahreszeit der Bade- und Vergnügungsreisen, Landpartien und Sonntagsausflüge bei; mehr noch die allgemeine Abspannung nach einem an Aufregungen so überreichen Jahre; am meisten aber der Umstand, daß die Führer der Demokratie im Abgeordnetenhause wie im Lande dem Alter ihren Tribut zahlen müssen, und daß der Partei ein junger Nachwuchs fehlt. Ist es doch einer behufs Vorbereitung der Reichstagswahlen nach Berlin ausgeschriebenen Versammlung aus einem benachbarten Wahlkreise passirt, daß sie, weil kein Candidat für das Mandat anfzutreiben war, auseinandergehen mußte. Das geschieht in der Hauptstadt, wo die Intelligenz aller Parteien concentrirt ist. Wie muß es vollends in den entlegenen Wahlbezirken aussehen! Es fehlt fast gäuzlich an agitatorischen Kräften. Die Alten vermögen nicht mehr die Spannkraft der jüngern Jahre zu entfalten. Man ist bequem und vornehm geworden, steigt nicht gern mehr unter das Volk, fürchtet den Druck der schwieligen Hand und erklärt seinen Parteigenossen: „Thut, was Ihr wollt, ich will Alles unterschreiben, nur laßt mich mit Arbeiten znfrieden." Aehnlich gehl es den meisten der alten Demokraten. Virchow verhält sich still. Waldeck hat niemals einen Verein besucht und seit 1848 keine außerparlamentarische Kundgebung erlassen. Jacoby wird bald wieder hinter Schloß und Riegel sitzen.

— Es ist wohl ein guter Grundsatz dem geschlagenen Feinde „goldene Brücken zu bauen", wohl zum Abznge, aber schlimm znr Rückkehr auf die alte Position. Dies sollte die preußische Regierung bei der Regulirung der Domänenfrage des Herzogthums Nassau bedenken. Die in Berlin weilendn diplomatischen Agenten des Herzogs Adolph haben die abgebrochenen Unterhandlungen aufgenommen. Die Domänenfrage Nassaus studiren, heißt die nenere Geschichte des ganzen Ländchens studiren. Seit 1815 dreht sich der ganze Kampf des Landes mit der Regierung um die Domänen. Schon 1815 tral Freiherr v. Stein gegen die Habsucht des Herzogs auf, der die sämmtlichen Revenüen der Domänen für seine Schatulle verwandte und sie dem Staate entzog. Die Ständeversammlung kämpfte von dieser Zeit an bis 1848 hauptsächlich um die Erhaltung der Domänen für die Verwaltung des Landes. Erst 1849 schien dieser Streit um die einzige Staatsidee, welche diese Nassauer Fürstenseelen bewegte, durch einen feierlichen Vertrag beendet, der wörtlich lautete: „Die Domänen sind Staatseigenthum. Ihre Verwaltung geschieht durch die Staatsfinanzbehörde unter der Controlle des Landtags. Auf den Einkünften der Domainen haftet die Verbindlichkeit, die Kosten für den standesgemäßen Unterhalt des Herzogs und seiner Familie, sowie die Landesverwaltungsausgaben, so weit dies möglich, zu bestreiten. Der Betrag der Civilliste ist Gegenstand einer Vereinbarung mit dem Landtage." Schon 1853 setzte sich der Herzog gegen Gesetz und eigenes Wort in den ausschließlichen Besitz dieser Einkünfte. Der Streit entbrannte wieder heftiger und endete im Jahre 1861 mit einer Theilung derselben zwischen dem Lande und dem Herzog. Aber schon 1863 brach der Herzog auch diesen Vertrag durch Verheimlichung des berüchtigten Schatullendeficits. Der Rechtsanspruch des Herzogs an die Krone und an die Civilliste ist durch Kriegsrecht verwirkt. Die Friedensverträge und die Gesetzgebung Preußens haben diese Thatsachen der Geschichte im Geiste des höheren Rechts der Nation autorisirt. Alle Ansprüche des Herzogs sind nuli und nichtig. Die Ueberlassuug der Domainen als Privatbesitz desselben wäre aber nicht nur eine unberechtigte Schädigung des Landes, sondern auch ein politischer Fehler; sie würde dem entsetzten Herzog eine Macht im Lande gewähren, die verderblicher zu Intriguen benutzt werden könnte, als in Hannover der Aufenthalt der ehemaligen Königin.

— Graf Bismarck wird seinen Aufenthalt in Pommern wahrscheinlich nicht unterbrechen. Der Kriegsminister ist am 1. d. hierher zurückgekehrt, der Minister des Innern hat heute einen 14jägigen Urlaub angetreten. — Der General-Lieutenant nnd Präses im Marine-Ministerium, v. Rieben, begiebt sich mit einem vierwöchentlichen Urlaub aufs Land. — Der Legationsrath Bucher hat sich auf längeren Urlaub nach England begeben. — Der Regierungsrath Zimmermann zu Oppeln ist als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen worden.

Frankreich.

— Das hannoversche französische Journal „Situation" brachte vorgestern einen Artikel, in welchem es kurgweg hieß: „Wir wollen den Krieg, weil Preußen eine Drohung und seine Haltung eine Beleidigung ist." Die meisten officiösen Blätter werden mit jedem Tage giftiger gegen Preußen. Nordschleswig ist lediglich ein Vorwand. Heute verkündigt nicht bloß das „Pays", sondern auch die "France", daß sie bereit seien, Gelder für die ausgewanderten Nordschleswiger zu empfangen. Nicht zu übersehen ist, daß die neu geschaffenen oder umgeschaffenen Blätter, also diejenigen, welche unter Vorlegung ihres politischen Programms um die Erlaubniß einkommen mußten, sämmtlich dasselbe Programm haben: Im Innern „liberal", was für sofortige Auflösung des Corps legislativ in sich einschließt; im Aeußern Feindseligkeit gegen Preußen und Krieg gegen dasselbe. Offenbar — sagt der Pariser Correspondent der „Kreuzztg." — giebt es wieder zwei Strömungen in den maßgebenden Regionen.

— Noch immer tönt die Rede St. Beuve's im Senate in immer weiteren Kreisen nach und erweckt stets neue Bewunderer für den greisen Academiker. Das Quartier Latin, das ihn einst so ungerecht verurtheilte, läßt ihm jetzt glänzende Gerechtigkeit wiederfahren, und im Augenblicke ist wohl bei der raschlebigen academischen Jugend vom linken Seineufer kein Name populärer, als der des hart angefeindeten Professors. Gestern und vorgestern waren an 10,000 Karten bei ihm abgegeben worden, und die Studenten strömten in Masse in seine Wohnung, um sich bei ihm einzuschreiben. Fand doch selbst der Kaiser, als er die Verhandlung des Senates im Moniteur gelesen, „daß man erstaunt sein müsse, im Lande des allgemeinen Stimmrechts einen Mann, wie Jean Jacques Rousseau (auch dessen Schriften standen ja auf dem Index der frommen Väter der Stadt Etienne) so ungerecht beurtheilt zusehen."

Italien.

— Die Ceremonie der Kanonisation hat bei der Säkularfeier am 29. Juni mit großer Feierlichkeit stattgefunden. Es waren über 100,000 Fremde anwesend. Der Papst wurde enthusiastisch begrüßt.

Großbritannien.

— Ihre Majestät die Königin von Preußen fuhr am 29. Juni zum ersten Male nach London, stattete dort der Prinzessin von Wales einen Besuch ab. besichtigte dann das britische Museum und den Hortikulturgarten und kehrte zum Diner nach Schloß Windsor zurück.

Rußland.

— Warschau, den 30. Juni „D. Z." Gestern war ein Monat vorüber, seitdem die sogenannte Amnestie bekannt gemacht ist, welche die Niederschlagung aller noch schwebenden politischen Prozesse aus den Ereignissen der Jahre 1863—64 anordnet, insofern die betreffenden Personen nicht außerdem eines Criminalvergehens beschuldigt sind. Im Laufe des Monats ist nicht ein einziger der hundert Verhafteten in der Citadelle aus Haft entlassen worden. Oberst Tucholko, der bekannte Präsident der politischen Untersuchungscommission, hat einigen Personen, die, auf die Amnestie sich berufend, um die Befreiung der Ihrigen, im Bewußtsein, daß diese der Vorwurf eines Criminalvergehens unmöglich treffen kann, nachgesucht haben, die Antwort ertheilt: daß die Amnestie ihnen nicht zu gut kommen könne, da ihre politischen Vergehen eben so gut als criminelle ansehen werden könnten. Sonach ist selbst das so Wenige, das die „Amnestie" gewährte, illusorisch und erfolglos gemacht worden. — Eben so ist der Ukas wegen Einstellung der Confiscation ohne Bedeutung, nachdem es nun ausgemacht ist, daß das einzige Grundstück, welches in den letzten Jahren im Königreich Polen confiscirt worden ist, nämlich das Palais des Grafen Andreas Zamojski, nicht zurückgegeben wird. Es bleibt unbegreiflich, was man mit dem Ukas eigentlich meinte. Auch die Ansicht, daß er die Einstellung der Contribntionen, d. h. der improvisirten Geldstrafen, beabsichtige, hat sich nicht bewährt, da diese Contributionen weiter fortgesetzt werden. — In den jüngsten Tagen wurden über einige Damen, die wegen dunkler Kleider in den Straßen verhaftet und nach den Polizeibureaux abgeführt worden sind, solche Geldstrafen verhängt, und sie mußten sie sofort erlegen, um frei zu werden. Die Kleidung der Damen war keineswegs die der Trauer, und eine solche zu demonstriren, fällt keinem Menschen hier ein. Die Polizei hielt es aber für gerathen, ihre Allmacht wieder einmal in solcher Weise zu bekunden. — Kurz vor Ankunft des Kaisers ging noch ein Transport politischer Sträflinge nach Sibirien ab. Sechs zum Transport solcher Sträflinge bestimmte finstere Wagen brachten sie an die Petersburger Bahn. — Die hiesige Bank hat die Vorschüsse auf Werthpapiere stark reducirt, hingegen die auf Wolle ganz eingestellt. Ersteres ist für das Geschäft sehr störend, Letzteres ist geradezu ein Todesstoß für das polnische Fabrikwesen. Die Fabrikanten sind in der größten Bestürtzung, da sie bei den Einkäufen auf dem Wollmarkte auf die Bankvorschüsse rechneten.

Rumänien.

— Fürst Karl ist auf seiner Reise in der Moldau überall mit Enthusiasmus empfangen worden. In Galacz schiffte sich der Fürst auf dem französischen Kriegsschiffe „Magicienne" ein, welches unter Eskorte englischer, russischer und österreichischer Kriegsschiffe die Donau hinabfuhr. Der Fürst besuchte die Donaumündungen und die rumänische Küstenbevölkerung, zu welcher noch kein rumänischer Fürst gekommen war.. Bei seiner Ankunft in Jassy wurde der Fürst durch eine Deputation der Notabeln der Stadt empfangen. Im Schlosse begrüßten den Fürsten der Metropolitan, die großen Grundbesitzer

und Kaufleute. Die Stadt war beflaggt und Abends glänzend erleuchtet. Tausende von Menschen mit Fackeln waren vor dem Schlosse erschienen und ließen den Fürsten und ein einiges und untheilbares Rumänien hochleben.

Amerika.

— Das Frauenstimmrecht wird sehr bald von dem Boden der theoretischen Debatte auf den der thatsächlichen Erprobung übergehen. Westliche Staaten, Konsas wohl zuerst, werden das Beispiel geben. Uebrigens erheben sich nur wenige Stimmen gegen das principielle Recht der Frauen. Die Furcht, die Stellung und die Thätigkeit des Weibes zum Nachtheil der Gesellschaft zu ändern, und bei nicht Wenigen politische Besorgniß für die Parteibildungen, bei dem großen Haufen der Gegner aber der vernunftlose Widerwille gegen das Neue, dies sind die Argumente, welche der politischen Gleichberechtigung der Frauen entgegengestellt werden. Uebrigens wissen die Wenigsten, daß dieselbe nicht einmal eine Neuerung ist, sondern lange in dem Staate New-Jersey bestand, und zwar, wie bewiesen, zum Besten der freiheitlichen Entwickelung. Die demokratische Reaction beraubte dort die Frauen zu gleicher Zeit mit den freien Farbigen des Wahlrechts. Im Staate New-York, für den jetzt ein Convent einen neuen Verfassungsentwurf ausarbeitet, wird allerdings jetzt noch nicht diese Neuerung die Mehrheit für sich haben. Selbst bei den Freunden derselben herrscht der Gedanke vor: „Laßt die Pioniere des Westens die Bahn öffnen. Die Arbeiterfrage, das Frauenstimmrecht und die Confiscation des Rebelleneigenthums werden unstreitig Hauptsätze in dem Programm der entschieden radicalen Partei oder Fraction sein. Bereits hat ein so bedeutender Führer, wie der Senatspräsident Wade, dies offen in einer Rede ausgesprochen, welche er im fernen Westen hielt

(H. N.)

Provinzielles.

Aus Littauen. Die Beaufsichtigung des Kirchenbesuches der Lehrer, wie sie im Anfange der 50er Jahre besonders im Gange war, war in nicht wenigen Diözesen unserer Gegend fast ganz in den Hintergrund getreten, wenigstens bemerkten die Lehrer nicht viel davon. Jetzt in jüngster Zeit soll diese Beaufsichtigung, welche durch die Pfarrer in ihrer Eigenschaft als Schulinspektoren ausgeübt wird, wieder sich mehrfach bemerkbar gemacht haben. — Im Jahre 1853 freilich wurden, wie sich aus einem damals ergangenen bekannt gewordenen Regierungsreskripte der Regierung zu Gumbinnen ergiebt, nicht weniger als 21 Lehrer namentlich als lässige Kirchenbesucher genannt, und dieserhalb streng getadelt. — Wir wollen hoffen, daß die Beaufsichtigung des Kirchenbesuches der Lehrer nicht wieder in diesem Umfange gehandhaft wird. Eine völlige Beseitigung dieser Einrichtung könnte nur für Geistliche und Lehrer heilsam sein.

Königsberg. Am Donnerstag ist bei den Artillerie-Schießübungen auf dem Karschauer Platze ein Unglück passirt. Ein gezogenes Geschütz sollte abgefeuert werden. Die Lunte wollte nicht recht brennen, da beging Einer der Bedienungsmannschaft die Unvorsichtigkeit, aus der sogenannten Poudrebüchse Pulver auf die glimmende Lunte zu schütten; die Büchse explodirte und ist nicht nur der betreffende Mann selbst, sondern auch ein Kanonier recht erheblich im Gesichte verletzt worden. — An demselben Tage fanden zwei Artilleristen in Godrinen (unweit Karschau) ein scharf geladenes Shrapnel, das sie für ungefüllt hielten. Als sie die Zünd-Vorrichtung entfernen wollten, explodirte das Geschoß. Einer der Unvorsichtigen ist mit verbranntem Gesicht davongekommen, der Andere aber wurde von mehreren Sprengstücken getroffen und soll erheblich verletzt sein. Auch sind noch verschiedene andere Personen, die sich in der Nähe befanden, mehr oder minder beschädigt.

Gumbinnen, den 26. Juni. In Malwischken, zwei Meilen von hier, hat am verflossenen Montag das Gewitter seine Opfer gefordert. Zwei Männer, welche sich in der Nähe der Mühle befanden, wurden in dem Augenblick vom Blitz getroffen, als ein sogenannter kalter Schlag in diese Mühle fuhr. Während die Verwundung des Einen nicht lebensgefährlich ist, war die des Andern so bedeutend, daß derselbe noch am nämlichen Abend seinen Geist aufgab. Um sich einen Begriff von der Art der Verwundung des Letzteren zu machen, sei hier nur erwähnt, daß demselben faustgroße Stücke Fleisch aus Rücken und Nacken gerissen wurden.

Lokales.

— **Zum 3. Juli.** Wir feiern heute zum ersten Male die Wiederkehr des Jahrestages der Schlacht bei Königgrätz und wir haben auch volle Ursache zu der Feier.

Die Schlachten bei Leipzig und Belle-Alliance gewannen uns die Unabhängigkeit, unsere Väter jagten die Franzosen mit ihrem großen Feldherrn zum Lande hinaus. Aber für die freiheitliche Entwickelung und Fortbildung der inneren Zustände Deutschlands war, wie die Geschichte unseres Vaterlandes von 1815—1848 nachweist, nicht Viel gewonnen. Die Politik Oesterreichs war die maßgebende und diese bekämpfte in Italien, wie in Deutschland, jede dem nackten Absolutismus entgegenstehende und das nationale Bewußtsein fördernde Bestrebung.

„Die halbhundertjährige Geschichte des von Oesterreich geleiteten Deutschen Bundes ist nichts Anderes, als die Geschichte der Unterdrückung Deutschlands auf geistigem, wie auf materiellem, auf kirchlichem wie auf staatlichem Gebiete."

Kein Wunder, daß unter solchen Verhältnissen in jedem scharfblickenden Politiker Deutschlands die Ueberzeugung geweckt wurde, daß nur, wenn die österreichische Regierung ganz und gar von den Berathungen und Beschlüssen über Deutschlands gemeinsame Interessen ausgeschlossen würde, Hoffnung vorhanden sei, dasselbe wieder zu seiner alten, historischen Bedeutung gelangen zu sehen.

Diese Ueberzeugung war zuerst bei den preußischen Mitgliedern des deutschen Parlaments in den Jahren 1848 bis 1850 zu klarem Bewußtsein gelangt. Diese Ueberzeugung gewann sehr bald auch der große Staatsmann, der jetzt an der Spitze des preußischen Kabinets sich befindet, und zwar schon damals, als er noch der Vertreter Preußens am deutschen Bundestage war. Diese Ueberzeugung hat derselbe Staatsmann, wie Heinrich v. Treitschke in einem Hefte der „Preuß. Jahrb." nachweist, vollständig in einer Denkschrift niedergelegt, die er dem Prinz-Regenten von Preußen im Jahre 1858 in Baden-Baden überreichte. Und von dieser Ueberzeugung durchdrungen, hat König Wilhelm I. bereits vor seinem Regierungs-Antritte an die Reorganisation des Heeres gedacht, die Deutschland von dem auf ihm seit Jahrhunderten lastenden, österreichischen Drucke befreien sollte.

Die Herrschaft der österreichischen, freiheit-feindlichen und unseligen Politik über Italien, wie über Deutschland ist durch die Schlacht von Königgrätz, so Gott will, für immer gebrochen. Dieses größte Hinderniß für die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes ist vernichtet und die der konsequenten Durchführung derselben noch entgegenstehenden Hindernisse wird die zähe Energie, die Intelligenz und sittliche Kraft des deutschen Volkes sicher beseitigen. Feiern wir daher heute frohen und vertrauensvollen Herzens den Sieg unseres Volksheeres bei Königgrätz als den Anfangspunkt einer neuen und glücklichen Aera für Preußen und Deutschland! — Dank und Ehre den Siegern von Königgrätz!

— **Die Feier des Jahrestages** der Schlacht bei Königgrätz begann bereits am Abend des 2. durch einen Zapfenstreich, welcher seinen Ausgang von der Hauptwache im Kulmer Thor nahm. Als der Marsch durch die Straßen ging, gewährte er mit der großen Anzahl von bunten Lampen einen pompösen Anblick. Die Festlichkeiten am 3. d. leitete um 6 Uhr Morgens die Reveille ein. Um 10 Uhr Vormittags hatte Militär-Gottesdienst auf der Esplanade statt, welchem auch die Civil-Behörden in Folge an sie ergangener Einladung beiwohnten. Im Offizier-Casino hat ein Festmal statt

— **Herr Regenti,** welcher in jüngster Zeit in mehreren Städten unserer Provinz mit großer Anerkennung Vorstellungen von bioplastischen Tableaux gegeben, ist hier eingetroffen, um derartige Vorstellungen zu veranstalten. Herr R., das sei noch nebenbei bemerkt, hat sich auch als kühner Aeronaut einen ehrenvollen Namen erworben und dürfte vielen unseren Lesern die mit Hans Wachenhusen unternommene und von diesem beschriebene Luftfahrt in Berlin nicht unbekannt sein.

— **Zum Volksfeste im Ziegeleigarten.** Dem Gerüchte gegenüber, daß heute das Volksfest wegen Mangels an Musik nicht stattfinden werde, theilen wir als Thatsache mit, daß Herr Kapellmeister Krämer dem Vorstande des Handwerkervereins 10 Musiker zugesagt hat.

— **Kommunales.** Am 1. d. Mts. wurde Herr Apotheker und Rentier Schmiedeberg in sein Amt als Vorsteher des städt. Krankenhauses eingeführt.

— **Zu den Reichstagswahlen.** Seitens des polnischen Central-Wahl-Comitees fur Westpreußen (die Herren Radkiewicz, Jackowski-Jablau, J. Lyskowski, L. Czarlinski) ist mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen eine Aufforderung an die polnischen Wähler Westpreußens ergangen, 2 bis 3 Delegirte in jedem Kreise zu wählen, damit diese in einer zu Kulm am 18. d. Mts. um 12 Uhr Mittags stattfindenden Versammlung ein neues Central-Wahl-Comitee für Westpreußen wählen.

— **Kirchliches.** Am 30. Juni fand in der reformirten Kirche zu Elbing die Predigerwahl statt und wurde Herr Kandidat Hoffmann von den 100 anwesenden Mitgliedern einstimmig gewählt. Diese Einstimmigkeit bürgt dafür, daß die bei den früheren Wahlen geherrschten Differenzen zum Besten der Gemeinde ausgeglichen sind. Bei dieser Wahl interessirt bekanntlich auch die hiesige reformirte Gemeinde.

— **Die Friedrich-Wilhelm-Schützenbrüderschaft** wählte am Montag, den 1. d. Mts. ihren Vorstand von 6 Mitgliedern auf drei Jahre, von dem jedoch alljährlich ein Drittel ausscheidet. Den zeitigen Vorstand bilden die Herren: Goldarbeiter Plengorth sen., 1. Vorsteher (einstimmig wiedergewählt); Kaufm. Mallon, 2. Vorsteher; Kaufm. Reiche, Rendant; Paß-Exp. Müller, Schriftführer; Fleischermstr. Petzel, 1. Schiesmeister; Fabrikant Lohmeyer, 2. Schießmeister. — Ferner beschloß die Gesellschaft eine Renovation der Façaden ihres Hauses, sowie des Saales. — Nach einem anderen Beschluße soll künftig bei dem Königsschießen und Bildschießen dem Publikum der Besuch des Schützenhauses nur an dem 1. und 2. Tage, wie bisher, gestattet, am Nachmittage des 3. Tages dasselbe jedoch nur für die Mitglieder der Brüderschaft und ihre Angehörigen geöffnet sein.

— **Die Synagogen-Gemeinde** beabsichtigt ihren vor dem Jakobs-Thore liegenden Begräbnißplatz planiren zu lassen und ist dieserhalb bei den betreffenden Behörden um den Consens eingekommen. Mit der Planirung tritt auch eine Verschönerung des Platzes ein.

— **Das Sommerfest** der Schülerinnen der städtischen Mädchenschulen hatte am Dienstag, den 2. d., im Treposcher Wäldchen statt.

— **Literarisches.** Vom Kreisrichter Herrn Lesse ist dieser Tage ein Schriftchen erschienen: Der Akkord in der Conkurs-Ordnung des deutschen Bundes." Näheres über den Inhalt folgt später.

— **Industrielles.** Nach dem nunmehr erschienenen Verzeichniß der Preismedaillen haben in unserer Provinz erhalten: (28. Klasse: Leinenes und hänfenes Garn und Gewebe) eine Bronce-Medaille: Weinstein in Insterburg; — (43. Klasse: Nicht zur Nahrung bestimmte Ackerbaugegenstände) eine Bronce-Medaille: F. Reinhold in Königsberg; — (67. Klasse: Cerealien und mehlhaltige Erzeugnisse) eine Bronce-Medaille: Generalsecretair B. Martiny in Scharfenort (bei Danzig); — (70. Klasse: Fleisch und Fische) eine silberne Medaille: Bonne in Rheda; — (72. Klasse: Zuckerwaaren, Liqueure 2c) eine Bronce-Medaille: Dammann & Kordes in Thorn; Thiessen & Sudermann in Elbing; H. A. Kupferschmidt in Danzig; A. v. Niessen in Danzig; Actien-Zuckerfabrik in Preuß. Holland.

— **Die Polizeibehörde** hat mit Unterstützung einer Kompagnie des K. Inf.-Reg. Nr. 61 in der Nacht vom 1. zum 2. d. Mts. die nächste Umgegend der Stadt durchpatrouillirt und Verhaftungen ausgeführt.

— **Polizeibericht.** Vom 15 bis incl. 30. Juni cr. sind 10 Diebstähle zur Feststellung gekommen.

12 Bettler, 25 liederliche Dirnen, 6 Ruhestörer, 12 Obdachlose, 4 Legitimationslose sind zur Haft gebracht.

393 Fremde sind angemeldet.

Als gefunden sind eingeliefert: eine Botanisirtrommel, ein Portemonaie mit Geld, ein Schlüssel und eine Broche.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Tabakssteuer.** Die in bestimmte Aussicht gestellte Erhöhung der Tabakssteuer beschäftigt jetzt mehr als jede andere Frage die Bevölkerung Nord- und Süddeutschlands. Von welcher Wichtigkeit dieselbe für die einzelnen Provinzen und Länder ist, ergiebt am klarsten eine Uebersicht des Tabaksbaus im Zollverein im Jahre 1865, welche das „Centr.-Bl. für Abgaben-, Gewerbe- und Handels-Gesetzgebung" mittheilt. Darnach waren im Jahre 1865 in den Zollvereinsstaaten in Allem 93,667 preuß. Morgen mit Tabak bepflanzt, von welchen 767,149 Centner Tabak in getrockneten Blättern gewonnen wurden. In Preußen incl. der neuerworbenen Landestheile, wurden 29,352 Morgen mit Tabak bepflanzt — und zwar in Ostpreußen 704, Westpreußen 1918, Posen 1587, Pommern 5184, Schlesien 2936, Brandenburg 8613, Sachsen 2633, Westfalen 12, Rheinland 2284, Hannover 2364, Kurhessen 992, Nassau $^{123}/_{180}$, Frankfurt a. M. $^{3}/_{4}$, Meisenheim 30. In den übrigen Vereinsstaaten waren dem Tabaksbau gewidmet: in Braunschweig $^{95}/_{180}$ preuß. Morgen, Sachsen 84, Würtemberg 786, Thüringischer Verein 838, Großherzogthum Hessen 5113, Bayern 22,192, Baden 33,669. In Baden, dem eigentlichen Tabaksland des Zollvereins, wurden im genannten Jahre 300,282 Centner Tabaks in getrockneten Blättern producirt; in Preußen incl. der neuerworbenen Landestheile 230,321 Ctr., in Bayern 166,249 Ctr. Der höchste Preis eines Centners getrockneter Blätter betrug in Baden $10_{,26}$ Thlr., der mittlere $6_{,16}$ Thlr., der niedrigste $1_{,11}$ Thlr.

— **Neue Westpreußische Landschaft.** Das Rechnungsjahr 26. Mai 1866—67 ergab an Einnahme; 1) beim Zinsen-Fond Thlr. 83,040. 21. 7., 2) beim Tilgungs-Fond Thlr. 17,341. 10. 3., 3) beim Sicherheits-Fond Thlr. 33,517. —. 3., 4) beim Betriebs-Fond Thlr. 7860. 6. —. Zusammen Thlr. 140,759. 8. 1.; hierzu treten die Bestände aus dem Jahre 1065/66 mit Thlr. 57,262. 5. 6., so daß die Gesammt-Einnahme pr. 1866/67 beträgt Thlr. 198,021. 13. 7. Die Ausgaben betrugen am 20. Mai 1866/67: Thlr. 109,747. 19. 8. Am 20. Mai 1867 betrugen mithin die Bestände: 1) beim Zinsen-Fond Thlr. 5,026. 12. —., 2) beim Tilgungs-Fond Thlr. 15,940. 18. 3., 3) Sicherheis-Fond Thlr. 42,525. 10. —., 4) beim Betriebs-Fond Thlr. 24,781. 13. 8., Sa. Thlr. 88,273 23. 11. Am 20. Mai 1867 waren $4^1/_2$ prozentige Pfandbriefe in Umlauf 1,447,880 Thlr., 4proz. 1,002,290 Thlr. = 2,450,170 Thlr., am 20. Mai 1866 dagegen nur $4^1/_2$ proz. Pfandbriefe 920,380 Thlr., 4 proz. 959,560 Thlr. = 1,879,970 Thlr., also am 20. Mai 1867 mehr $4^1/_2$ proz. 527,500 Thlr., 4 proz. 42,700 Thlr. = 570,200 Thlr. Vom 20. Mai 1865/66 waren ausgeliehen $4^1/_2$ proz. 519,830 Thlr., 4 proz. 116,580 Thlr. = 636,410 Thlr., es sind daher 1866/67 gegen 1864/65 $4^1/_2$ proz. mehr 7670 Thlr., 4 proz. weniger 73,880 Thlr. = 66,210 Thlr. Das „Eigenthümliche Vermögen" des Instituts betrug am 20. Mai 1867: 1) im Sicherheits-Fond Thlr. 42,525. 10. —., 2) im Betriebs-Fond Thlr. 24,781. 13 8., zusammen 67,306. 23. 8. und hat sich im Jahre 1866/67 vermehrt um Thlr. 22 367. 12. 11.

— **Darlehns-Kassenscheine.** Laut einer Ministerial-Verfügung sollen auch nach dem gestrigen Tage die Königliche Bank, so wie alle öffentlichen Kassen die Darlehns-Kassenscheine annehmen, aber nicht mehr ausgeben. Demnach behalten diese Scheine einstweilen ungestört ihren Cours, werden aber allmälig eingezogen.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 20 pCt. Russisch-Papier $19^1/_2$ pCt. Klein Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 2. Juli. Temp. Wärme 13 Grad. Luftdruck 28 Zoll 2 Strich. Wasserstand 5 Fuß 6 Zoll.

Den 3. Juli. Temp. Wärme 15 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 5 Fuß 6 Zoll.

Warschau, den 2. Juli. Gestriger Wasserstand 6 Fuß 1 Zoll, heute 8 Fuß 9 Zoll, steigt noch.

Warschau, den 3. Juli. Heutiger Wasserstand 10 Fuß 3 Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Die Verpachtung der zur Weber'schen Stipendienstiftung gehörigen Rittergüter Schrammen und Orkusch betreffend.

Die zur Weber'schen Stipendienstiftung gehörigen Rittergüter Schrammen und Orkusch im Rosenberger Landraths-Kreise, zwischen den Städten Riesenburg, Marienwerder und Stuhm belegen und 1/2 Meile von der Marienwerder, 3/4 Meilen von der Riesenburg-Rosenberger Chaussee, sowie 4 Meilen von der Eisenbahn, Bahnhof Marienburg entfernt, sollen vom 1. Juni 1868 ab auf achtzehn Jahre bis ult. Mai 1886 mit vollständig bestellten Winter- u. Sommersaaten, ohne Inventarium, zusammen oder auch jedes Gut besonders, öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden.

Der Bietungs-Termin ist auf

Montag, den 22. Juli d. J.
Nachmittags 2 Uhr.

hier im deutschen Hause festgesetzt worden.

Pachtlustige werden zu diesem Termin mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verpachtungsbedingungen im Magistrats-Geschäftszimmer hierselbst täglich eingesehen werden können. Eine Bietungs-Kaution von Dreitausend Thlrn. in Staatsschuldscheinen oder Pfandbriefen ist vor der Licitation zu erlegen.

Die Bedingungen sind gedruckt und können auf Erfordern Jedem, gegen Erstattung der Kosten von 1 Thlr., verabfolgt, werden.

Das Gut Schrammen enthält nach der letzten Vermessung an nutzbaren Ackerflächen

Gärten	6,92 Morgen.
Acker	915,46 „
Wiesen	172,82 „
Hütung	27,92 „
im Ganzen	1123,12 Morgen

einschließlich des nicht mit zu verpachtenden Forstdienstlandes von 12,40 Morgen.

Das Gut Orkusch enthält

Gärten	2,50 Morgen.
Acker	670,78 „
Wiesen	98,75 „
Hütung	98,85 „
Zusammen	870,88 Morg. prß.

und die Fischerei in einem 240 Morgen großen fischreichen See.

Das in der Gesammtfläche befindliche Forstdienstland von 12,58 Morgen bleibt von der Verpachtung ausgeschlossen.

Für die nutzbaren Flächen beträgt die Grundsteuer
a. für Schrammen 97 Thlr. 4 Sgr. 10 Pf.
b. für Orkusch 70 „ — „ 7 „

Zu diesem Pachtgeschäft ist ein Vermögen von ca. 20,000 Thlr. erforderlich.

Riesenburg, den 6. Juni 1867.

Der Magistrat.

Zu denjenigen Lotterien, welche von der **Kgl. Staatsregierung** genehmigt und garantirt sind, und deren **Hauptgewinne Thlr. 150,000** und **Gld. 200,000** betragen, werden Original-Staatsloose à 12 Thlr., halbe à 6 Thlr. und viertel à 3 Thlr. auf **frankirte Bestellungen** gegen Einsendung des **Betrages** oder **gegen Postvorschuß** von mir versandt. — Es werden **nur Gewinne** gezogen. **Beginn der Ziehung am 8. Juli d. J. Gewinnbeträge** nebst Ziehungslisten mit dem **Staatswappen** sende unter **strengster Discretion**, wofür mein guter Ruf bürgt, **sofort** nach Entscheidung.

M. S. Heckscher in Altona.
Bank- & Wechsel-Geschäft.

Rein- und feinschmeckende Caffee's, Zucker in Broden und gemahlen, feine Thee's, Chocoladen von Th. Hildebrand u. Sohn in Berlin, sowie sämmtliche Colonial- und Materialwaaren in bester Qualität empfiehlt billigst

Friedrich Zeidler.

---

1 möbl. Zimmer ist zu vermiethen Neustadt 66.

Vorläufige Anzeige.

Ziegelei-Garten.

Sonntag, den 7. Juli 1867
zur Nachfeier der siegreichen Schlacht bei Königgrätz
großes

Militair-Extra-Concert

von der ganzen Kapelle des 61. Inf. Regt. und eines Tambour- und Hornisten-Corps.

Unter Anderm kommt zur Ausführung:

Große Schlacht- u. Siegesmusik

zur Erinnerung an die glorreichen Siege des Jahres 1866 von Wieprecht mit Kanonendonner, Gewehrfeuer, bei brillanter bengalischer Beleuchtung.

Das Nähere durch die noch erscheinenden Zettel und Annoncen.

A. Kraemer,
Kapellmeister.

Zur Feier des ersten Jahrestages der Schlacht von **Königgrätz** veranstaltet der Handwerkerverein am Mittwoch den 3. Juli Abends 6 Uhr im Ziegeleiwäldchen ein

Volksfest.

Feuer-Assecuranz-Verein in Altona

gegründet auf dem Princip der Gegenseitigkeit 1830.

36jähriger Durchschnittsgewinn 40%

Der laut Bilanz pro 1866 sich ergebende Gewinn von

33 Prozent

wird nach Abzug des Antheils an den Reservefonds rc. (§ 1 des Statuts) von den Herren Vereinsvertretern innerhalb der nächsten 14 Tage zur Auszahlung gebracht, woran die bis 30. Juni 1866 incl. versicherten Mitglieder participiren.

Der Verein wird gleichzeitig zur Versicherung mit dem Bemerken empfohlen, daß **bei Brandschäden zwei Vereins-Mitglieder zu Mit-Taxatoren ernannt werden.**

Thorn, den 20. Juni 1867.

Die General-Agentur
G. Schoenknecht.

Der Rest meines Waarenlagers

soll möglichst rasch geräumt werden. Auch habe ich ein **Kleiderspind** und ein **Wäschspind** zu verkaufen.

Moritz Rosenthal.

Ein **junges Mädchen** wünscht eine Stelle zur Vervollkommnung in der Hauswirthschaft, und zur Beihülfe im Nähen und jeder Handarbeit. Das Nähere beim Holzhändler **Stroh** in Przechowo per Terespol.

Wichtige

Anzeige für Bruchleidende.

Wer die vortreffliche Kurmethode des berühmten Schweizer Brucharztes, **Krüsi-Altherr** in Gais, Kanton Appenzell, kennen lernen will, kann bei der Exped. dieses Blattes ein Schriftchen mit Belehrung und vielen **100 Zeugnissen** in Empfang nehmen.

Aecht homöopathischen Gesundheits-Caffee

in 1/2 und 1/4 Pfd. Packeten vom Sanitätsrath Dr. Arthur Lutze in Cöthen empfiehlt

Fr. Tiede.

Neue Matjes-Heeringe

in sehr schöner und haltbarer Waare empfiehlt billigst

Fr. Tiede.

Fleckwasser

welches Säure-, Fett-, Oel-, Harz- und Theer-Flecke vollständig beseitigt, ist billig, in größeren Posten billiger zu haben bei **Jul. Liebig.**

Matjes-Heeringe

vom Juni-Fange empfiehlt

G. Sachs.

Einen Posten **Drausener Dachrohr** hat zum Verkauf **Carl Spiller.**

Chamottsteine, Gypsrohr, gebr. Gyps, alle Sorten Drahtnägel offerirt **Carl Spiller.**

Vorzüglichen **Gebirgskalk** aus den Oefen der Ochojetzer Kalkbrennerei-Gesellschaft pro 30 Tc. 48 Thlr. pro Tonne 28 Sgr. **Carl Spiller.**

So spricht ein Arzt!

Endesgefertigter giebt hiermit der leidenden Menschheit kund, daß er den

G. A. W. Mayer'schen
weissen Brust-Syrup

in sehr vielen Krankheiten der Respirationsorgane, wie veralteten Lungencatarrhen, Heiserkeit rc. mit dem besten Erfolge angewendet habe.

Kamenitz a. d. Linde in Böhmen.

Dr. Novák, Stadtphysikus.

Niederlage des allein ächten **weißen Brust-Syrups** fabrizirt vom Erfinder Herrn **G. A. W. Mayer** in **Breslau** für **Thorn** Herr **Friedrich Schulz;** für **Culm** Herr **Carl Brandt;** für **Strasburg** Herr **C. A. Köhler.**



Donnerstag den 4. wird der Omnibus nach Barbarken die erste Fahrt von hier 1 1/2 Uhr, die zweite Fahrt 3 1/2 Uhr abgehen, pro Person 5 Sgr.

Anhaltestelle am Copernicus.
Gebr. Lipmann.

Am vergangenen Freitag haben sich bei mir 2 Schafe eingefunden und können dieselben gegen Erstattung der Futterkosten und Insertionsgebühren abgeholt werden.

Ernst Lambeck.

Kautschuk-Gebisse

und künstliche Zähne werden nach der neuesten amerikanischen Methode angefertigt.

H. Schneider, Zahnkünstler.
Brückenstraße Nr. 39

Die **Schemann**'sche Seiden-Kunst-Färberei und Wäscherei, Stroh- und Filzhut-Renovirungs-Anstalt befindet sich jetzt Gerechtestraße im Hause der Frau Ww. **Lucko.**

Ein guter Flügel ist billig zu vermiethen Altstadt 430.

Altstädtischer Markt Nr. 290 ist die zweite Etage bestehend aus 5 bis 6 Stuben und Zubehör vom 1. Oktober d. J. zu vermiethen. Näheres bei **C. F. Zietemann.**

Bäckerstraße Nr. 250/51 ist die Bel-Etage bestehend aus vier Stuben, Küche und Zubehör vom 1. Oktober zu vermiethen.

Breitestr. Nr. 453 ist vom 1. Oktober cr. ab ein Laden-Lokal zu vermiethen.

C. A. Guksch.

Ein möbl. Zimmer zu vermieth. Breitenstr. 453.

Elisabethstraße Nr. 263 ist ein Laden nebst Wohnungen vom 1. Oktober zu vermiethen.

Ein möblirtes Zimmer Bäckerstraße 223 ist sofort zu vermiethen.

Ein Laden nebst Comptoir ist vom 1. Oktober ab zu vermiethen bei

D. G. Guksch's Ww.

Marienstraße Nr. 288 sind Wohnungen zu vermiethen.

Baldt.

Eine Wohnung ist vom 1. Oktober oder sogleich zu vermiethen Neustadt 220.

In meinem Hause Nr. 342 ist die Bel-Etage und eine andere Wohnung nebst Hausflurladen zu vermiethen.

A. Wernick.

In meinem neuerbauten Hause Nr. 72 an der Chaussee der Bromberger Vorstadt sind Wohnungen zu vermiethen, die sogleich oder vom 1. Oktober bezogen werden können.

C. Pichert.

Neustadt 295 sind große Wohnungen nebst Zubehör zu vermiethen.

Weißestraße 71 sind Wohnungen zu vermiethen.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**